

Die Stadt ist plötzlich als Träger denkbar

Kommunales | Jugendhilfeausschuss stimmt SPD-Antrag zu

Die SPD-Fraktion hat im Jugendhilfeausschuss den Antrag gestellt, dass die Stelle des Geschäftsführers für das Jugendkulturelle Zentrum bei der Stadt geschaffen wird und somit diese auch die Trägerschaft übernimmt – mit Erfolg.

■ Von Michael Pohl

Villingen-Schwenningen. Das neue Jugendkulturelle Zentrum, das seit Anfang September auf dem ehemaligen Gelände des Familienfreizeitparks gebaut wird, soll nach Wunsch der Sozialdemokraten von der Stadt Villingen-Schwenningen geleitet werden und nicht von einem externen Träger, der möglicherweise über eine bundesweite Ausschreibung gefunden wird. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstagabend wurde der Antrag mit neun zu vier Stimmen, bei drei Enthaltungen, angenommen. Somit kommt der Vorschlag in den Gemeinderat, wo endgültig darüber

abgestimmt wird.

»Wir wollen mit unserem Antrag bewirken, dass die Abläufe beschleunigt werden«, erklärte SPD-Stadtrat Bernd Lohmiller. »Vor allem aber wollen wir vermeiden, dass ein externer Träger das Programm im neuen Jugendzentrum inhaltlich diktiert.« Diese Befürchtung sei aus seiner Sicht berechtigt, schließlich sei der Träger keine Rechenschaft schuldig, was er dort wann und wie veranstalte.

Die Vorgehensweise, noch vor Festlegung der Trägerschaft einen städtischen Geschäftsführer zu bestimmen und innerhalb der Verwaltung eine entsprechende Stelle zu schaffen, konnte Katharina Hirt (CDU) nicht nachvollziehen. Und auch vonseiten der Freien Wähler sei man »nicht begeistert über den Vorschlag«, sagte Ulrike Heggen stellvertretend. Auch die Grünen könnten dem Antrag nicht zustimmen, wie Cornelia Kunkis-Becker, die Joachim von Mirbach vertrat, anmerkte.

Magnus Frey (SPD) betonte nochmals, welche Verantwortung die städtischen Gremien

bei der Auswahl des Trägers für diese Einrichtung hätten. »Wir müssen doch ehrlich sein und feststellen, dass wir bislang die Bereitschaft von zwei potenziellen Trägern signalisiert bekommen haben, die nicht ansatzweise unsere Erwartungen erfüllen können«, verwies Frey auf das Jugendförderungsnetzwerk und die ProKids-Stiftung. Er befürchte, wenn diese Einrichtung nicht von Anfang an laufe, werde sie auseinander genommen. Und deshalb sei es an der Zeit, dass jemand anfängt zu planen, was ab Herbst 2018 dort stattfinden soll. »Von einem 2,5-Millionen-Euro-Projekt erwarte ich mehr als nur ein Wochenendbetrieb.«

Obwohl es massiv Kritik für den SPD-Antrag hagelte, stimmte am Ende die Mehrheit dennoch dafür. Geholfen haben dürfte den Sozialdemokraten dabei wohl eine Tatsache ganz besonders: Keiner der Anwesenden war von einer bundes- oder gar europaweiten Ausschreibung für die Trägerschaft des Jugendkulturellen Zentrums Villingen-Schwenningen angetan.



Kächeles tauschen Nettigkeiten aus

Zum vierten Mal in Folge waren Schwarzwälder-Bote-Leser die Ersten, die im Druckzentrum Südwest in VS das neue Bühnenprogramm des schwäbischen Comedy-Paares, die »Kächeles«, miterleben durften. Käthe und Karl-Eugen tauschten ihre »Nettigkeiten« – lieber der Bierbauch auf dem Sofa als ein Waschbrettbauch auf

dem Dach – vor den 150 Zuschauern aus, die das Glück hatten, eine der begrenzt erhältlichen Eintrittskarten zu ergattern. »Wir hätten dreimal so viele ausgeben können«, bedauerte Timo Fashing, Marketingleiter des Schwarzwälder Botten, die vielen Absagen.

Foto: Heinig

► Kultur

Immer noch nicht genügend Studentenparkplätze

Gemeinderat | Neue Satzung für Stellplatzverpflichtung modifiziert Richtwerte für vier Wohnungstypen

■ Von Mareike Kratt

Villingen-Schwenningen. Eine neue Satzung soll die bisherige Stellplatzverpflichtung für Wohnungen in Villingen-Schwenningen modifizieren und einschränken – gleichzeitig bei Studentenwohnungen aber mehr Kapazitäten schaffen.

Hierbei wird von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht, die 2015 mit der Änderung der Landesbauordnung geschaffen wurden, heißt es vonseiten der Verwaltung. In der nächsten Sitzung des Gemeinderats am 18. Oktober wird die Satzung beschlossen, in der jüngsten Sitzung am Mittwochabend wurde sie vorab diskutiert.

Wie Bürgermeister Detlev Bühler deutlich machte, unterscheidet die Satzung bei der Stellplatzverpflichtung zwischen Studentenwohnun-

gen, geförderten Wohnungen, Seniorenheimen sowie Wohnungen mit sogenannten Mobilitätskonzepten. Bei »normalen« Wohnungen gelte weiterhin der Stellplatzschlüssel eins zu eins.

Bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau soll die Verpflichtung auf 0,7 Stellplätze pro Wohneinheit reduziert werden, ebenso bei Mobilitätskonzepten. Hierbei würde die Hausgemeinschaft an einem Car-Sharing-Konzept teilnehmen. »So etwas hatten wir bisher nicht, das muss jeder für sich entscheiden«, kommentierte Bühler. Bei öffentlich geförderten Seniorenwohnungen sind 0,5 Stellplätze je Wohnung neuerdings vorgesehen. Vorteile der Reduzierung: Nicht nur weniger Flächen werden in Anspruch genommen, auch die Baukosten könnten gesenkt und das Wohnen für bestimmte Perso-

nengruppen günstiger werden. Gleichzeitig könnten mehr Sozialwohnungen entstehen. Sowohl Mobilitätskonzepte als auch der ÖPNV werden zudem gefördert.

Studentenwohnungen hingegen müssten anders bewertet werden, meinte der Bürgermeister. Nach Stellplatzverordnung des Landes schwanke der Wert zwischen 0,1 und 0,4 Stellplätzen pro Wohneinheit – ein Schlüssel, der aber laut Verwaltung für VS nicht ausreicht. »Hier wird es keine Reduzierung, sondern eine Erhöhung geben.« Im Fall des geplanten Studentenwohnheims in der ehemaligen Schwenniger Uhrenfabrik Lauffer sei die Verwaltung sogar beim Regierungspräsidium (RP) in Freiburg vorstellig gewesen, um den Schlüssel auf 0,75 zu erhöhen. Das wiederum habe das RP für überzogen gehalten, sodass ein

Kompromiss für 0,5 Stellplätze gefunden wurde – der gleiche Wert wie für die Studentenstadt Freiburg.

Für innenstadtnahe Wohnungen könne dieser Wert sogar unter 0,5 angesetzt werden, meinte Cornelia Kunkis-Becker von den Grünen, die zudem das Mobilitätskonzept begrüßte. Hier seien die Studenten nicht auf ein Auto angewiesen. Bei innenstadtnahen Wohnungen sei dieser Schlüssel in Ordnung.

Ganz anders sahen es die übrigen Fraktionen: Der Schlüssel entspreche nicht der Realität, meinte FDP-Stadtrat Dirk Caroli. »Hier fahren alle Auto.« Auch Ernst Reiser von den Freien Wählern empfinde den Richtwert als »völlig unzureichend«. VS sei schließlich keine Studentenstadt wie Freiburg, wo besserer Nahverkehr herrsche.

»Gefühlt haben wir sowieso

schon zu wenig Parkplätze in der Stadt«, sagte Dirk Sautter von der CDU. Er schlug vor, den ursprünglich geforderten Schlüssel von 0,75 Stellplätzen pro Wohneinheit in die Satzung mitaufzunehmen. »Es war eine eindeutige Aussage vom RP. Wir haben kein Ermessen«, entgegnete Detlev Bühler. Wie Henning Keune vom Amt für Stadtentwicklung jedoch erläuterte, müsse das RP die Satzung nicht genehmigen. Daher regte auch CDU-Stadtrat Friedrich Bettdecken an, »es einfach drauf ankommen zu lassen«, der Wert könne dann immer noch modifiziert werden.

»Es wäre problematisch, eine Satzung zu beschließen, die keinen rechtlichen Bestand hat«, kommentierte OB Rupert Kubon schließlich. Bis zur nächsten Sitzung werden sich die Fraktionen intern mit der Satzung beschäftigen.

Kurz notiert

Pfarreien fahren nach Oberschwaben

VS-Oberschwach (we). Am Samstag, 7. Oktober, laden die katholischen Pfarreien Oberschwach, Neuhausen, Weilersbach, Mönchweiler und Königsfeld zur Männerwallfahrt ins Oberschwäbische ein. Erste Station ist die Schenkenbergkapelle in Emmingen-Liptingen. Anschließend geht es weiter auf den Bussen zur Wallfahrtskirche St. Johannes Baptist, wo der Wallfahrtsgottesdienst stattfinden wird. Nach dem Mittagessen geht es weiter zum Kloster Untermarchtal, wo in der Vinzenz-Kirche die Abschlussandacht gehalten wird. Abfahrt ist in Oberschwach um 7.25 Uhr bei der Haltestelle Schule und um 7.30 Uhr beim Rathaus. Anmeldungen in den Pfarrämtern Oberschwach, Telefon 07721/70595, Neuhausen, 07725/7676 sowie Dieter Conrad, 07721/72428 und Robert Daum, 07721/408711.

Huonker zum zweiten Mal als attraktiver Arbeitgeber ausgezeichnet

Qualitätssiegel | Zahlen von 2015 verbessert / Unternehmen hofft, dass sich Anzahl der qualifizierten Bewerber steigern wird

VS-Marbach. Nach der ersten Mitarbeiterbefragung und Auditierung 2015 ist die in Marbach ansässige Huonker GmbH zum zweiten Mal mit dem bronzenen Siegel »Attraktiver Arbeitgeber« der Industrie- und Handelskammer (IHK) ausgezeichnet worden.

Mit einem Ergebnis von 70,5 Prozent konnten die Zahlen aus dem Jahr 2015 nochmals deutlich verbessert werden, teilt die IHK mit. »Die zweijährig stattfindende Auditierung basiert auf einer anonymen Mitarbeiterbefragung, bei der die sechs Handlungsfelder Führungs- und Unternehmenskultur, Kompetenzentwicklung, betriebliche Gesundheitsförderung, Familienfreundlichkeit, Entlohnung und Anerkennung sowie Employer Branding abfragt werden sowie auf

einer ausführlichen Auditierung der Personalprozesse«, sagt IHK-Auditor Hugo Frey. Laut der IHK Befragung im Juni erzielten die Bereiche Führungs- und Unternehmenskultur sowie betriebliche

Gesundheitsförderung mit jeweils über 75 Prozent Zustimmung von den Mitarbeitern die besten Ergebnisse. In den vergangenen zwei Jahren sei viel getan worden. Neben einem Führungskräfte-Coa-

ching gibt es seit dem vergangenen Jahr auch eine Arbeitsgruppe, die sich für die Umsetzung familienfreundlicher und gesundheitsfördernder Maßnahmen einsetzt.

Hugo Frey macht dabei deutlich, dass insbesondere die Einstellung der Führungsmannschaft, die unter anderem mit der Befragung der Belegschaft untersucht wird, zum Erhalt des Siegels geführt hat: »Sie haben das richtige Menschenbild – ansonsten hat man bei der Auditierung keine Chance.« Ein Indiz dafür sei auch der vergleichsweise geringe Krankenstand in der Firma, »das korreliert miteinander«, erklärt Martina Furtwängler, Bereichsleiterin Ausbildung bei der IHK.

Durch das einmalige Qualitätssiegel der IHK erhofft sich Huonker, dass die Anzahl an

qualifizierte Bewerbern weiter steigen wird, um die aktuell hohe Auftragsdichte mit einer Verstärkung des Teams



erfolgreich zu meistern. Von Vorteil sei, dass die Kunststoffbranche attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze bietet. Jedoch müssten Firmen weiterhin einiges dafür tun, um dem Fachkräftemangel in der Region entgegen zu wirken. »Wir legen viel Wert auf individuelle Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie anspruchsvolle, abwechslungsreiche und interes-

sante Aufgaben«, erklärt Personalleiter Bernd Gaßner, »Außerdem haben wir viele Ideen, die wir in der näheren Zukunft umsetzen möchten.«

INFO

Fakten

Huonker beschäftigt am Standort in Deutschland rund 100 Mitarbeiter. Der Unterschied zu früher sei dabei enorm. Angefangen habe alles 1970 als reiner Werkzeug- und Formenbau. Heute zählen vor allem Kunststoff-Metall-Verbindungen, komplexe Kunststoffteile, Steckverbinder, Baugruppen und kunststoffgebundene Magnete zur Kernkompetenz der Huonker GmbH.



Übergabe des IHK-Siegels Attraktiver Arbeitgeber an die Firma Huonker in Marbach (von links): Personalleiter Bernd Gaßner, IHK-Auditor Hugo Frey, die Geschäftsführer Markus Blank und Hans-Georg Huonker sowie die Bereichsleiterin Ausbildung der IHK, Martina Furtwängler. Foto: IHK